

Interpellation Nr.13 (März 2013)

13.5103.01

betreffend Bewilligungsbefreiung von Solaranlagen bei nicht
denkmalgeschützten Bauten – Anpassung der kantonalen Vorschriften
an das neue Raumplanungsgesetz

Am 3. März 2013 wurde das neue Raumplanungsgesetz von den Stimmberechtigten überraschend deutlich gutgeheissen. Darin finden sich unter anderem neue Bestimmungen für die Priorisierung und Bewilligungsbefreiung von Solaranlagen auf Dächern.

Nach neuem Recht "bedürfen auf Dächern genügend angepasste Solaranlagen keiner Baubewilligung" (Art. 18a Absatz 1) und es "gehen die Interessen an der Nutzung der Solarenergie auf bestehenden oder neuen Bauten den ästhetischen Anliegen grundsätzlich vor" (18a Absatz 4). Das kantonale Baurecht kann eine Baubewilligung nur noch "in klar umschriebenen Schutzzonen vorsehen" (Absatz 2). Zudem darf die Überschreitung von maximal 20 cm für Wärmedämmung oder Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien bei der Berechnung der Gebäudehöhe und bei den Baulinien nicht mehr mitgezählt werden. (Art 9 Abs. 3 Bst.e EnG)

1. Die Erfahrung zeigt, dass die von der Stadtbildkommission erlassenen Einschränkungen von Gesuchstellenden oft als geschmäckerlich, zum Teil auch als schikanös empfunden werden. Bis wann und wie (Gesetz, Verordnung) gedenkt der Regierungsrat, die Bewilligungsbefreiung von Solaranlagen zu erweitern und der Vorrangregelung für sauberen Strom und saubere Wärme kantonal Nachachtung zu verschaffen?
2. Gemäss dem neuen RPG gilt, dass "die Interessen an der Nutzung der Solarenergie auf bestehenden oder neuen Bauten den ästhetischen Anliegen grundsätzlich vorgehen" (18a Absatz 4)? Teilt er die Ansicht,
 - a. dass die Stadtbildkommission bei bewilligungspflichtigen Anlagen von ihrem Vetorecht punkto Genehmigung von Solaranlagen zu entbinden ist, weil ein Vetorecht der SBK dem RPG 18a Absatz 4 widersprechen würde?
 - b. dass Güterabwägungen zwischen Ästhetik und Stromerzeugung, soweit es überhaupt zu Bewilligungsverfahren kommt, in Zukunft nicht mehr bei der SBK, sondern bei der vorgesetzten Leitbehörde anzusiedeln sind.
3. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass die Schonzone generell nicht zu den "klar umschriebenen Schutzzonen" gehört, weil Bauten in dieser Zone abgerissen und neu erstellt werden dürfen und der Schutz betreffend Solaranlagen deswegen unspezifisch ist?

Rudolf Rechsteiner